

An das  
Amtsgericht  
- Insolvenzgericht -  
Heiligkreuzstr. 22

96450 Coburg

**Nur ausfüllen, wenn sie einen  
eigenen Insolvenzantrag stellen**

**möchten !!!!!**

## **Antrag auf Durchführung eines Regelinsolvenzverfahrens** (insbesondere bei ehemals selbständig wirtschaftlicher Tätigkeit)

### **1. Insolvenzantrag**

1.1 Hiermit beantrage ich über mein Vermögen die Durchführung eines

### **Regelinsolvenzverfahrens**

Name:	
Vorname:	
Geburtsname:	
Geburtsdatum:	
Anschrift:	
PLZ:	
Wohnort:	
Telefonnummer:	
Handy:	
e-Mail:	

### **Antragsgrund** (bitte zutreffendes ankreuzen):

- Zahlungsunfähigkeit, d.h. mein Einkommen reicht nicht aus, um alle fälligen Zahlungen pünktlich zu erfüllen.
- Drohende Zahlungsunfähigkeit, d.h. mein Einkommen wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die bestehenden Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, wenn Fälligkeit eintritt.

Ich war selbständig als Unternehmer in folgendem Geschäftszweig tätig:

\_\_\_\_\_  
(Name und Geschäftsgegenstand sowie Zeitraum, in dem Sie selbständig tätig waren)

Der Geschäftsbetrieb ist eingestellt seit \_\_\_\_\_  
(bitte Jahr eingeben)

**1.2** Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einzelner Gläubiger:

a) Erfolgen bereits Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (z.B. Lohnpfändungen, Pfändungen von Gegenständen, Kontopfändungen) oder stehen solche Maßnahmen bevor?

Ja, nämlich von \_\_\_\_\_  
(Gläubiger)

Nein

b) Ist eine Abtretung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt erfolgt (solche Lohnabtretungen erfolgen häufig als Sicherheit im Zusammenhang mit der Gewährung eines Bankkredits):

Ja, nämlich zugunsten von \_\_\_\_\_  
(Gläubiger)

Nein

**1.3** Sonstige Bemerkungen:

## **2. Antrag auf Restschuldbefreiung:**

(zutreffendes bitte unbedingt ankreuzen)

- Ich stelle keinen Antrag auf Restschuldbefreiung.
- Ich stelle Antrag auf Restschuldbefreiung (**bitte unbedingt auch Anlage 3 ausfüllen und unterschreiben**)

### **Antrag auf Restschuldbefreiung**

**Hier: Versicherung nach § 287 Abs. 1 S. 3 und 4 InsO n. F.**

#### **1. Ich versichere,**

- dass mir in den letzten 10 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht erteilt worden ist;
- dass mir in den letzten 5 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht nach § 297 InsO infolge rechtskräftiger Verurteilung wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuches zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten versagt worden ist;
- dass mir in den letzten 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht wegen vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung von insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- oder Mitwirkungspflichten versagt worden ist (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO);
- dass mir in den letzten 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht wegen vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in den gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO vorzulegenden Vermögens-, Einkommens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnissen sowie in der Erklärung über die Zulässigkeit des Antrages auf Restschuldbefreiung nach § 287 Abs. 1 Nr. 3 InsO versagt worden ist (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO);
- dass mir in den letzten 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht wegen Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 287 b InsO) versagt worden ist (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO);
- dass mir in den letzten 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht wegen Verletzung einer Obliegenheit nach § 295 InsO in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist versagt worden ist (§ 296 InsO);

- dass mir in den letzten 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung nicht wegen eines erst **nach** dem Schlusstermin oder **nach** Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297 a InsO) versagt worden ist.

2. Falls ein vorgenannter Gesichtspunkt zutreffen sollte:

Mir wurde am \_\_\_\_\_ **Restschuldbefreiung** durch das Amtsgericht \_\_\_\_\_  
(Az.: \_\_\_\_\_) erteilt;

Mir wurde am \_\_\_\_\_ **Restschuldbefreiung** durch das Amtsgericht \_\_\_\_\_  
(Az.: \_\_\_\_\_) **versagt** auf Grund \_\_\_\_\_

### **Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 Satz 1 InsO**

**(Lesen Sie hierzu die Erläuterungen im Merkblatt zur Regelinsolvenz und Restschuldbefreiung)**

Ich trete meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle laufende Bezüge für die Zeit von 6 Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.

### **3. Erklärung, ob Stundung der Verfahrenskosten beantragt wird:**

- Ich beantrage für die Durchführung des Insolvenzverfahrens Stundung der entstehenden Verfahrenskosten (**bitte unbedingt auch beiliegendes Formblatt „Antrag auf Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens“ ausfüllen und unterschreiben**)

**Ich versichere,**

- dass ich in den letzten 5 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag nicht wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuches rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden bin.

#### 4. Allgemeine Angaben zum Vermögen/zur Verschuldung:

Höhe der Verbindlichkeiten insgesamt ca. \_\_\_\_\_ EUR.  
Höhe des Vermögens insgesamt ca. \_\_\_\_\_ EUR.

#### 5. Angaben zu den Gläubigern:

- Ich habe mehr als 19 Gläubiger
- Es bestehen auch Forderungen aus Arbeitsverhältnissen – Gläubiger sind Arbeitsamt, Finanzamt (aus Lohnsteuer für Arbeitnehmer), Sozialversicherungsträger (AOK, DAK, usw.)
- Ich habe bis zu 19 Gläubiger. Es bestehen auch keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen. Ein Verbraucherinsolvenzverfahren soll dennoch nicht durchgeführt werden, da die Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind
- wegen der Höhe der Schulden
- da Grundvermögen vorhanden ist (bitte Grundbuchbezeichnung angeben)
- Sonstiges (bitte näher erläutern)

**Wegen meiner aktuellen Einkommens- und Vermögensverhältnisse nehme ich Bezug auf das beigefügte Vermögensverzeichnis sowie das Gläubigerverzeichnis mit genauen Namen und Anschriften der Gläubiger und Höhe der Gesamtverbindlichkeit je Gläubiger.**

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Vermögensübersicht enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe.

\_\_\_\_\_  
(Ort und Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)